

dass die Milchpreise in den nächsten Jahren während einer bestimmten Zeit steigen werden, anhaltend, nachhaltig steigen werden. Das hängt mit dem Bedarf in den südostasiatischen Ländern zusammen. Das hängt damit zusammen, dass man auch vermehrt Milchpulver herstellen kann und will. Das ist eine gute Aussicht. Ich glaube, dass damit diese Entwicklung kompensiert werden kann.

Letztlich hat natürlich der Vorschlag des Bundesrates auch einen Zusammenhang mit der Schuldenbremsenkonformität des Budgets. Das muss ich zugeben. Insofern ist eben dann der Rahmen doch nicht ganz ausgenützt. Aber wie in allen anderen Bereichen gilt auch hier: Wenn wir ein schuldenbremsenkonformes Budget erreichen wollen, müssen wir uns eben am einen oder anderen Ort anpassen. Wir tun das dort am leichtesten, wo wir, wie hier, wissen, dass die Märkte solche Ausfälle kompensieren.

Ich bitte Sie deshalb, hier der Mehrheit Ihrer Kommission und damit dem Bundesrat zuzustimmen.

Darbellay Christophe (CEg, VS), pour la commission: Si les prix du marché sont meilleurs, ce n'est pas une raison pour compenser cela dans le budget alloué à l'agriculture. Il faut être clair, c'est «zwei Paar Schuhe».

Maintenant, j'en viens aux arguments de la majorité de la commission. La minorité propose d'augmenter le budget alloué aux paiements directs de 23 millions de francs, sur un montant total d'environ 2 milliards de francs. Les arguments de la majorité pour refuser cette augmentation sont conformes au principe du frein à l'endettement. Il est sûr que s'il faut rendre le budget du Département fédéral de l'économie conforme à ce principe, comme l'agriculture représente les 70 pour cent, c'est elle qui fera principalement les frais de cet effort.

Le Parlement a décidé il n'y a pas si longtemps indirectement un transfert de crédit des paiements directs aux mesures de soutien au marché. La conséquence en est une coupe de 23 millions de francs à la position 708.A2310.0149, «Paiements directs généraux».

Je vous recommande de suivre la commission qui a adopté, par 15 voix contre 4 et 1 abstention, le projet du Conseil fédéral.

Le président (Bugnon André, président): Je vous informe que nous interrompons nos travaux au plus tard à 11 heures 20, et non pas à 13 heures comme cela figure en langue française dans l'ordre du jour de notre séance, de façon à pouvoir aller en Valais avec le président de la Confédération. Vous avez reçu un panettone, c'est une forme de vœux de fin d'année qui nous sont adressés par la délégation tessinoise. (*Applaudissements*)

Pos. 708.A2310.0149

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 07.041/102)

Für den Antrag der Mehrheit ... 89 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 70 Stimmen

Pos. 708.A4200.0112

Le président (Bugnon André, président): La décision a été prise à la position 701.A2310.0183.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen

Le débat sur cet objet est interrompu

07.3779

Interpellation sozialdemokratische Fraktion. Globale Finanzmarktkrise. Folgen für die Schweiz

Interpellation groupe socialiste. Crise des marchés financiers. Conséquences pour la Suisse

Einreichungsdatum 05.12.07

Date de dépôt 05.12.07

Nationalrat/Conseil national 13.12.07

Ordnungsantrag Leutenegger Oberholzer

Die als dringlich eingereichte Interpellation wird noch in der Wintersession 2007 traktandiert und behandelt.

Motion d'ordre Leutenegger Oberholzer

L'interpellation urgente est mise à l'ordre du jour de la session d'hiver 2007 et elle est traitée.

Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL): Die SP-Fraktion hat am letzten Mittwoch eine dringliche Interpellation zur globalen Finanzmarktkrise und zu den Auswirkungen auf die Schweiz eingereicht. Das Büro hat am Donnerstag eine dringliche Behandlung abgelehnt. Mit meinem Ordnungsantrag beantrage ich Ihnen, die Diskussion dazu in dieser Session zu führen, und zwar aus folgenden Gründen:

Inzwischen zeigen sich die Verwerfungen aus den globalen Spekulationen auch in der Schweiz mit aller Härte. Ich darf Sie daran erinnern, dass die UBS Abschreibungen von mindestens 16 Milliarden Franken vornehmen muss. Der staatliche Investmentfonds von Singapur leistet eine Finanzspritze in der Höhe von 11 Milliarden Franken an die UBS. Die Öffentlichkeit wird über das wahre Ausmass der Finanzkrise von der UBS nur in Raten informiert. Wir wissen heute noch nicht, wie gross das Finanzdebakel effektiv ist. Ein Ende ist nicht abzusehen. Die Folgen in der Schweiz zeigen sich bereits, sie sind dramatisch; es ist für den Finanzplatz Schweiz ein enormer Reputationsschaden. Getroffen werden Arbeitsplätze und die Lohnabhängigen, dann die kleinen inländischen Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer, die öffentliche Hand mit grossen Steuerausfällen, die AHV, die Pensionskassen, der Werkplatz Schweiz. Ich könnte die Liste fortsetzen. Das alles soll uns hier nichts angehen! Die Diskussion dazu soll einfach vertagt werden, zum Beispiel bis zur Frühjahrssession. Das kann ja nicht wahr sein!

Ich möchte Sie daran erinnern, dass das Ausmass der Finanzkrise für die Schweiz bereits ein Mehrfaches des seinerzeitigen Swissair-Debakels erreicht hat. Ich möchte vor allem die SVP-Fraktion daran erinnern, dass sie mit dem UBS-Verwaltungsrat Peter Spuhler gut beraten wäre, sich der Diskussion zu stellen. Wir sind der Bevölkerung, dem Werkplatz Schweiz und dem Finanzplatz Schweiz gegenüber verpflichtet, diese Diskussion jetzt und heute zu führen. Ich bitte Sie deshalb, meinem Ordnungsantrag zuzustimmen.

Rime Jean-François (V, FR): Avant de voter pour ou contre votre motion d'ordre, j'aimerais savoir si vous voyez une solution dans l'étatisation de l'UBS?

Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL): Ich hätte die Diskussion gerne geführt. Vor allem hätte ich sehr gerne gewusst, was für eine Präventionsstrategie der Bundesrat entwickelt. Wissen Sie, es ist nicht an mir, hier die Antwort zu geben. Wir werden sie Ihnen nächste Woche im Rahmen der Diskussion zu unserer Interpellation präsentieren. Bislang haben wir vom Bundesrat keine Antwort dazu bekommen.

men, was er als Präventionsstrategie vorgesehen hat, Herr Rime. Aber eines weiss ich: Beide Grossbanken sind «too big to fail», und am Schluss ist es wieder die Öffentlichkeit, die den Schaden tragen wird und bereits trägt.

Engelberger Edi (RL, NW), für das Büro: Ich beantrage Ihnen im Namen des Büros, den Ordnungsantrag Leutenegger Oberholzer abzulehnen. Das Büro hat zu allen als dringlich eingereichten Interpellationen Nein gesagt, zum Antrag der SP-Fraktion mit 7 zu 4 Stimmen. Das Büro ist der Ansicht, dass die acht Fragen der dringlichen Interpellation im normalen Verfahren vom Bundesrat fristgerecht beantwortet werden können. Zudem haben wir wegen des gestrigen und des heutigen Tages einen grossen Rückstand beim Sessionsprogramm und können die Zeit, die hier zur Verfügung steht, für ordentlich traktandierbare Geschäfte gut brauchen.

In diesem Sinne beantrage ich Ihnen namens des Büros nochmals, diesen Ordnungsantrag abzulehnen.

Baumann J. Alexander (V, TG): Namens der SVP-Fraktion ersuche ich Sie um die Ablehnung dieses Ordnungsantrages. Ich denke nicht, dass bei einer Diskussion in diesem Gremium zu diesem Zeitpunkt sehr viel Kreatives geboren werden würde. Sie können ja auch nur das berichten, was Sie aus den Zeitungen wissen. Wenn diese Geschichten diskutiert werden müssen, dann soll das im Bundesrat geschehen, in Kenntnis der Sache. Er hat die Möglichkeit, die Betroffenen anzuhören, mit ihnen zu sprechen und sich dann zu äussern. Wenn wir hier ein allgemeines Scherbengericht über die Fehler irgendwelcher Gremien innerhalb der Bank halten, wozu uns die Grundlagen und die Kenntnisse fehlen, dann bringt uns das nicht weiter.

Ich spreche hier nicht, weil wir in unserer Fraktion ein Mitglied des Verwaltungsrates einer grossen Bank haben, sondern aus grundsätzlichen Überlegungen. Es geht nur um Effekthascherei und Publizität.

Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL): Herr Baumann, ich kann die SVP-Fraktion nur an die Swissair-Krise erinnern. Haben Sie Angst, jetzt zu den Fragen und zu den Auswirkungen auf die schweizerische Volkswirtschaft Stellung zu nehmen? Wahrscheinlich ist es deswegen, dass Sie die Dringlichkeit ablehnen.

Baumann J. Alexander (V, TG): In diesem Zusammenhang kann zu diesem Zeitpunkt nichts Wesentliches gesagt werden.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 07.3779/135)

Für den Ordnungsantrag

Leutenegger Oberholzer ... 52 Stimmen

Dagegen ... 107 Stimmen

07.041

Voranschlag der Eidgenossenschaft 2008 Budget de la Confédération 2008

Fortsetzung – Suite

Botschaft des Bundesrates 22.08.07
Message du Conseil fédéral 22.08.07

Bestellung: BBL, Vertrieb Publikationen, 3003 Bern
Commande: OFCL, diffusion des publications, 3003 Berne

Ständerat/Conseil des Etats 04.12.07 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 04.12.07 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 10.12.07 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 11.12.07 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 11.12.07 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 13.12.07 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 13.12.07 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 17.12.07 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 18.12.07 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 19.12.07 (Differenzen – Divergences)

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication

802 Bundesamt für Verkehr

802 Office fédéral des transports

Antrag der Mehrheit

A2115.0001 Beratungsaufwand

Fr. 5 000 000

Antrag der Minderheit

(Frösch, Abate, Dormond, Fässler, Hofmann Urs, Kiener Nellen, Marti Werner, Rey, Vollmer)

A2115.0001 Beratungsaufwand

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Föhn

Die Budgetposition Beratungsaufwand (A2115.0001) ist in Departementen, Gerichten und bei der Bundesversammlung um 100 Millionen Franken zu reduzieren.

Schriftliche Begründung

Der Bund gibt pro Jahr gegen eine Milliarde Franken für externe Berater aus. Damit machen die Kosten der externen Berater rund ein Fünftel der Kosten des Bundespersonals aus. Während beim ordentlichen Personal schon lange ein Personalstopp in Kraft getreten ist, wird bei den externen Beratern munter geklotzt. Externe Berater sind aber nicht nur dazu da, um Fachwissen in die Bundesverwaltung zu bringen, was ja an sich Sinn machen würde. In vielen Fällen besteht der Eindruck, dass externe Experten eingestellt werden, damit das eigene Personal nicht mehr tätig werden muss und keine Fehler machen kann. Ausserdem besteht oftmals der Eindruck, dass bei den externen Beratern persönliche Verflechtungen wichtiger sind als der Beratungserfolg. Schliesslich ist es äusserst störend, dass einzelne Departemente die letztjährigen Einsparungsvorgaben des Parlamentes in diesem Jahr wieder aufstocken mit der Argumentation, im letzten Jahr hätte weniger gemacht werden können und dies müsse nun wieder kompensiert werden.

Proposition de la majorité

A2115.0001 Charges de conseil

Fr. 5 000 000

Proposition de la minorité

(Frösch, Abate, Dormond, Fässler, Hofmann Urs, Kiener Nellen, Marti Werner, Rey, Vollmer)

A2115.0001 Charges de conseil

Adhérer à la décision du Conseil des Etats